

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter, und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich, fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Verantwortlicher: Die Redaktionsleitung. Druck: Die Druckerei des Auer Tageblattes. Anzeigen: 5 Pfennig, 10 Pfennig, 20 Pfennig, 30 Pfennig, 40 Pfennig, 50 Pfennig, 1 Reichsmark, amtliche Zeile 10 Pfennig.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1999

Nr. 107

Donnerstag, den 9. Mai 1929

24. Jahrgang

Severing über die Mai-Unruhen

Anerkennung für die Polizei

Im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte gestern Reichsinnenminister Severing: „Ich habe Mitte April an den preussischen Innenminister die Frage gerichtet, ob es sich empfehle, im Hinblick auf die üblichen Demonstrationen der Arbeiter am 1. Mai das Verbot der Umzüge aufzuheben. Ich wollte keinen Druck ausüben, sondern nur die Frage anregen. Warde sie verneint, würde ich alles tun, um die Beachtung des Verbotes durchzuführen. Der Minister des Innern in Preußen hat darauf erwidert, daß der Polizeipräsident Bögge gleichfalls eine solche Aufhebung erwogen habe, es sei aber immer wieder die Wirkung von neuen Umzügen und von neuen Exzessen gekommen. Der Polizeipräsident habe sich deshalb zur Aufhebung des Verbotes nicht entschließen können. Der 1. Mai sei näher gekommen und immer deutlicher sei dabei zu erkennen gewesen, daß die KPD. es darauf anlege, zu einer Kraftprobe zwischen ihr und dem Staate zu gelangen.“

In Flugblättern sei dazu aufgefordert worden, auf dem Alexanderplatz und dem Potsdamer Platz für ein „rotes Deutschland“ und die Weltbittatur des Proletariats zu demonstrieren. Ich bin erfreut darüber, daß die Waffen der preussischen Polizei so geschärft sind, daß sie sich auch als eine wirksame Waffe gegen den Bürgerkrieg erwiesen haben. (Unruhe und Zursähe bei den Komm.) Wenn dann von dem „Arbeitermord der Trabanten Böggebels“ gesprochen worden ist, so

sche ich nicht an, zu erklären, daß wir die Tätigkeit der Berliner Polizei hoch anerkennen.

Darin ist natürlich nicht eine blinde Entschuldigung für etwaige Mißgriffe eingeschlossen. Aber ich gebe zu bedenken: Die kommunistische Partei hat schon lange vor dem 1. Mai Erregungen der jüngeren Kommunisten angeordnet, schon acht Tage vorher mußten sie sich gegen die Polizei einstellen, und fast an jedem Abend haben demütigende Polizeiführer ihren Bericht einbringen müssen. Und wenn der eine oder andere Beamte durch die ständige Alarmbereitschaft nervös geworden ist, so läßt sich das nicht ganz vermeiden. Die Schuld für etwaige Entgleisungen trifft die intellektuellen Urheber dieser Vorgänge, trifft die KPD. Freig ist es, zu sagen, daß der Zustand niedergeschlagen sei durch die Pflichterfüllung und die alte Staatsauffassung der Beamten.

Geht vor 40 Jahren

tohts in Rheinland-Westfalen ein Bergarbeiterstreik, d. h. eigentlich tobte er nur in den Köpfen der Organe der Staatsverwaltung. Damals wurde von den Arbeitern nicht geschossen, es wurden auch keine Barrikaden gebaut, und trotzdem wurden einige Regimenter aufgebildet, um die Bergarbeiter niederzuschlagen. Wenn der republikanische Staat diese alten Verfahren wieder anwenden wollte, so wäre die Staatsautorität in Deutschland gefährdet. Es ist Aufgabe des Staates, die Kommunisten zu isolieren. Und das wäre nicht gelungen, wenn nicht in der bekannnten Weise vorgegangen worden wäre. Die Bevölkerung soll erkennen, daß

die Polizei und die Staatsorgane zunächst jedes friedliche Mittel erschöpfen

wollen, daß der Staat kein Blutbad anrichten will und daß, wenn es aber trotzdem geschieht, die Schuld auf das Konto des kommunistischen Vorgehens zu schreiben ist. Es ist von meiner Methode gesprochen worden. Meine Methode war es, den Anführer der Verbände zu verhaften. Ich habe meine Tätigkeit mit der Auflösung von sogenannten Arbeiterschutzbünden begonnen und dann die Gewerkschafts-Organisationen aufgelöst. Ich ging von der Ueberzeugung aus, daß dann nur diejenigen Waffen tragen dürften, die dazu von Amtswegen berufen seien, und daß

jede Art Selbstschutz nur die Unsicherheit in Deutschland vermehre.

Ich bin dann gegen die Gründung der proletarischen Hundertschaften, des „Stahlhelms“, der Deutschvölkischen Freiheitspartei usw. vorgegangen. Die Polizei sollte stark genug werden, Leben und Sicherheit der Einzelnen und die staatliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Das war meine Methode. Aber ich habe leider nicht die notwendigen Unterstützungen bei der Polizei gefunden. Wenn ich daran ging, gegen die Freunde der Rasthenau- und Engberger-Wörter, gegen die Demaschungsverbände vorzugehen, dann hieß es, daß sei eine Verletzung der nationalen Interessen. Meine Methode war, paritätisch gegen beiderlei Organisationen, sowohl der Rechten wie der Linken, vorzugehen. Dann aber ließ mich auch der Staatsgerichtshof noch im Stich. Da konnte ich dann auch nicht gegen das Reichstammern vorgehen und auch nicht gegen die Rotfrontkämpfer-Abteilungen einschreiten. Nun wurde gesagt, daß Minister von Reußel durch das Rotfrontverbot glänzend gerechtfertigt sei, weil er ein solches Verbot schon früher angeordnet habe. Ich gewann draußen den Eindruck, als ob die Anregung Reußels an die Regierungen der Länder mehr aus parteipolitischen Gründen diktiert worden sei. Heute liegt aber viel Material gegen den Rotfrontkämpferbund vor (Zurufe), das in der Verbotsbegündung folgen wird. Können Sie leugnen, daß von den Rotfrontkämpfern heute Beute erlohen wurden sind? Wenn eine Organisation uns mit dem Revolver und mit dem Bau von

Barrikaden entgegentritt, dann wäre es falsch, diesen Widerstand nicht zu brechen.

Der Abgeordnete Berndt regt an,

die ganze kommunistische Partei aufzulösen.

Wenn die kommunistische Partei nur eine äußere Vereinigung wäre, wäre es leicht, sie aufzulösen. Aber nach den gesetzlichen Bestimmungen bleiben auch nach Auflösung die Kommunisten doch noch da und sie würden draußen in öffentlichen Versammlungen sprechen dürfen. Und ferner würden wir die kommunistische Presse nicht treffen. Der Autorität des Staates aber leisten wir einen sehr schlechten Dienst, wenn man Verbote erläßt, die man nicht ausführen kann. Die Maßnahmen in Preußen sind im englischen Einvernehmen mit dem Reichsinnenministerium getroffen. Deshalb habe ich bei den anderen Ländern angeregt, ob nicht auch für sie ein Verbot angezeigt wäre. Wenn die Kommunisten mit ihrer Organisation, die in Preußen verboten ist, von Altona nach Hamburg oder von Frankfurt a. M. nach Offenbach wandern könnten, dann wäre das Verbot nur eine halbe Maßregel. (Zurufe bei den Komm.) Verbot und Verbot haben es stets abgelehnt, mit Terroristen in einem Atemzuge genannt zu werden. Mit der Sozialdemokratie von 1870—1890 hat der Terror des Rotfrontkämpferbundes nichts zu tun. Einstecken hat noch der Polizeipräsident und nicht Sie (zu den Komm.) in Berlin über die Ruhe auf den Straßen zu wachen.“

Nach den Unruhen

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurden am Dienstag die kommunistischen Mai-Unruhen in Berlin eingehend erörtert. Aus dem amtlichen Material, das Reichsinnenminister Severing vortrug, ging eindeutig hervor, daß die Vorgänge nur den Auftakt zu weiteren Kämpfen bilden sollten und auf dem Alexanderplatz wie auf dem Potsdamer-Platz für ein Rätedeutschland und die Weltbittatur des Proletariats demonstriert werden sollte.

Von den 117 ansichtlich der Mai-Unruhen in Berlin verhafteten Personen sind alle bis auf 45 entlassen worden. Gegen diese 45 Kommunisten erließ der Untersuchungsrichter Haftbefehle wegen Landesfriedensbruchs, Aufruhrs, Widerstands gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung. Diese Anklagen deuten auf prozessuale Nachspiele hin, in denen die Kommunisten kaum Freude erleben dürften.

Ein anderes Nachspiel vollzog sich bereits jetzt in der Redaktion der „Welt am Abend“. In Berlin wußte man längst, daß diese linksradikale Abendzeitung unter kommunistischen Einflüssen steht und die Politik der kommunistischen Partei nachdrücklich unterstützt. Nach dem Verbot der „Roten Fahne“ versuchte die kommunistische Parteizentrale die „Welt am Abend“ zu einem unmittelbaren Organ der kommunistischen Partei zu machen. Die Zentrale verlangte nicht nur gefälschte Ueberschriften, sondern auch eine schärfere Sprache in den Artikeln.

Gegen diese Forderungen lehnten sich die Redakteure Kabisch und Karo entschieden auf. Sie lehnten es ab, die Bevölkerung aufzuklären und zu Gewalttätigkeiten gegen die Staatsgewalt aufzuheizen. Dabei vertraten sie den Standpunkt, daß sie keinerlei Befehle von der Berliner oder Moskauer Zentrale der kommunistischen Partei entgegenzunehmen hätten. Die scharfen Auseinandersetzungen führten zum Krach, der damit endete, daß die genannten Redakteure ihre Tätigkeit an der „Welt am Abend“ einstellen, aber solange auf die Weiterbezahlung ihres Gehaltes, so lange ihr Vertrag läuft, klagten. Der kommunistischen Parteizentrale ist dieses Zwischenpiel, das jetzt in die Öffentlichkeit bringt, begreiflicherweise äußerst unangenehm. Führt nämlich die „Welt am Abend“ fort, Ersatz der „Roten Fahne“ zu sein, dann wird es gar nicht mehr lange dauern, bis auch die „Welt am Abend“ verboten wird und vorübergehend von der Bildfläche verschwindet.

Wichtig ist auch eine Untersuchung der Buchdrucker-Gewerkschaft, die dahin geht, wie denn die „Rote Fahne“ am 1. Mai gedruckt wurde. Die Gewerkschaft hatte bekanntlich für Berlin Feiertagsruhe beschlossen, in allen Betrieben diesen Beschluß auch durchgeführt, so daß am 1. Mai nicht eine Zeitung erschien, ausgenommen die „Rote Fahne“. Die Buchdrucker-Gewerkschaft beabsichtigt, wie wir hören, die kommunistischen Streikbrecher ausfindig zu machen, zu maßregeln und aus dem Verbanne hinauszuerwerfen. So erleiden gegenwärtig die Kommunisten eine Niederlage nach der anderen.

Kein Fortschritt in den Reparationsverhandlungen

Die Verhandlungen, die der Vorsitzende der Reparationskonferenz im Laufe des gestrigen Tages mit verschiedenen Delegationsführern gepflogen hat, haben, wie verlautet, keinerlei Fortschritte gebracht. Es scheint, daß die Frage der Verteilung der Zahreszahlungen unter die reparationsberechtigten Länder Schwierigkeiten bereitet.

„Temps“ schreibt zu dem der Reparationskonferenz vorliegenden Kompromißvorschlag Owen Youngs, bei dem amerikanischen Plan scheine der Anteil Frankreichs außer der restlosen Deckung der französischen Schulden bei den Alliierten 435 Millionen DM betragen zu sollen, was die Amortisierung der französischen Inlandsschuld in Höhe von 43,5 Milliarden Franken ermöglichen würde. Der „Temps“ beauptet alsdann, daß Young seine Anregungen gegenüber den alliierten Delegationen etwa in folgender Form begründet habe: Die deutsche Delegation hatte mich, bevor sie Angebote formulierte, gebeten, sie dabei zu unterstützen. Ich habe das getan und ihr Zahlen vorgeschlagen. Als die alliierten Delegationen ihr Memorandum vorbereiteten, hatten sie die gleiche Bitte an mich gerichtet, und ich habe auch ihnen Zahlen in Vorschlag gebracht. Bei dem jetzigen Stande der Verhandlungen habe ich, um einen Abbruch zu vermeiden, es für meine Pflicht gehalten, die Initiative zu einer Lösung zu ergreifen. Ich habe der deutschen Delegation Zahlen vorgeschlagen, die nach meiner Ansicht eine vernünftige Diskussionsgrundlage bilden. Die Deutschen haben unter gewissen Bedingungen angenommen. Ich unterbreite hiermit meine Anregungen den Alliierten. Die Alliierten, so fügt der „Temps“ hinzu, wünschten, bevor sie antworten, die genaue Verteilung der im amerikanischen Plan vorgesehenen Annuitäten und die wirkliche Bedeutung der deutschen Vorbehalte kennen zu lernen.

Wann kommt der Finanzausgleich?

Der Vorstand des Reichsstädtebundes, der Spitzenorganisation der Klein- und Mittelstädte, tagte in Berlin, um zu den aktuellen kommunalpolitischen Fragen Stellung zu nehmen. Zur Finanzlage wurde folgende Entschlieung angenommen: „Die im Reichsstädtebund zusammengeschlossenen mittleren und kleinen Städte sind seit Jahren bemüht, ihre Ausgaben auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Die Minderung der gemeindlichen Einnahmen durch Reich und Länder für 1929 — trotz Steigerung der gemeindlichen Zwangsausgaben — macht aber diesen, insbesondere kleineren Städten die Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben teilweise unmöglich oder führt mit Notwendigkeit eine Zunahme der gemeindlichen Defizitets herbei. Da eine Befreiung dieses unhaltbaren Zustandes im dringenden öffentlichen Interesse liegt, erneuert der Reichsstädtebund seine wiederholten, aber von der Regierung und den Parlamenten bisher nicht berücksichtigten Forderungen: ausreichende Rücksichtnahme auf die mangelnde Finanzlage der mittleren und kleinen Gemeinden bei der Steuergesetzgebung und beschleunigte Bewirklichung eines neuen gerechten Finanzausgleiches und eines sofortigen Ausgleiches der Polizei- und gesamten Schullasten.“

Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung

Die Mitteilung, daß das Reichskabinett eine Reform der Arbeitslosenversicherung durchzuführen beabsichtigt und ein Sofortprogramm für die Abstellung von Mißständen aufstellen wird, hat in sozialdemokratischen Kreisen starke Beunruhigung hervorgerufen. Man verweist darauf, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bereits in ihrer Entschlieung vom 25. April jeden Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung als sozial- und wirtschaftspolitisch untragbar bezeichnet hat. Die Befürchtungen gehen nun offenbar dahin, daß das Reichskabinett sich angesichts der Finanzlage des Reiches doch zu einem gewissen Abbau der Versicherungsleistungen verstehen wird. Für diesen Fall wären, wie der „Vorwärts“ sagt, schwere Konflikte mit weitestgehenden politischen Konsequenzen unvermeidlich. Als besonders wenig angenehm empfindet man es offenbar in sozialdemo-

1929
No. für 1 Wfb.
vertes
82
50
48
52
48
42-45
35
77
76
76
74
70-79
78-80
80-80
85-88